Jugendförderung: Schaffung der Stelle einer oder eines Jugendbeauftragten

Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 18. September 2000

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Kommission beriet das Geschäft mit lediglich 4 Mitgliedern. Städtischerseits standen Stadtrat Eusebius Spescha (Chef SGU-Abteilung), Markus Jans (Leiter Sozialamt) und Urs Landolt (Schulleiter Oberstufe) für Erläuterungen und die Beantwortung von Fragen zur Verfügung.

Im Voranschlag für das Jahr 2000 war die Stelle bereits budgetiert. Anlässlich der Beratung im GGR vom 7. Dezember 1999 erklärte sich der Stadtrat damit einverstanden, gemäss dem Antrag der GPK eine separate Vorlage zu unterbreiten. Die seither eingetretene Verzögerung ist damit begründet, dass man Bericht und Antrag dazu gleichzeitig mit dem Antrag für die Schaffung der Stelle „Schulsozialarbeit an der Oberstufe,“ (GGR Vorlage 1564) einbringen wollte.

Eintreten auf die Vorlage erfolgte ohne Diskussion.

Dass beide Stellen gleichzeitig behandelt werden können, wird begrüsst. Jedoch käme die Vorlage zu früh, weshalb die Aussetzung beantragt wurde. Es solle zugewartet werden, bis die Studie zur "Jugendgewalt in der Stadt Zug" vorliege. Dem wurde entgegen gehalten, dass die Jugendbeauftragte / der Jugendbeauftragte sich nicht nur "Fall orientiert" mit solchen Problemen beschäftigt.

Es wurde auch auf den wachsenden Personalbestand in der SGU Abteilung hingewiesen. Erklärt dazu wurde, dass die „Fallzahlen,“ im Sozialamt momentan auf hohem Niveau zwar erstmals stagnieren. Prognosen aber seien schwierig, wie die weitere markante Zunahme in Baar zeige.

- Dem Antrag auf Aussetzung der Vorlage 1563 "Schaffung der Stelle einer oder eines Jugendbeauftragten" stimmt die Kommission mit 3:1 Stimmen zu.

zur Ausgangslage

Der Stadtrat hat die Zielsetzung, im Bereich Jugend aktiv zu werden. Nicht lediglich Beiträge zu sprechen, sondern Verantwortung zu übernehmen sei beabsichtigt. Damit

sind vor allem Koordinations- und Führungsaufgaben gemeint, welche die in öffentlichen und privaten Trägerschaften tätigen Fachleute der Jugendarbeit als wichtig und dringend bezeichnen. Der Stadtrat betrachtet diese Stelle deshalb als notwendig. Der Jugendbeauftragte sollte vorerst für Jugendliche (von der Oberstufe bis etwas 22-jährig) tätig sein. Die Schwerpunkte für Kinder wie im Bericht des Stadtrates zur „Sozialen Integration“, aufgeführt (Kinderschutz, familienergänzende Betreuung), könnten mit den Ressourcen der SGU Abteilung zur Zeit noch bewältigt werden.

Details der Diskussion

Der Stadtrat gedenkt keineswegs, einen Jugendanimator mit entsprechenden Aufgaben zu betrauen. Gemäss bewährter Tradition sollen private Organisationen unterstützt werden. Dies nicht lediglich mit Beiträgen, sondern durch die Schaffung einer kompetenten Koordinationsstelle. Denn genau diese wichtigen Anliegen werden vermisst. Geäusserte Befürchtungen, dass ein „Sesselkleber“, seines Amtes walte, seien unbegründet. Solche Stellen würden erfahrungsgemäss etwa alle fünf Jahre neu besetzt.

Ein weiterer Antrag wurde dahin gehend gestellt, die Stelle vorerst nur befristet zu bewilligen, wenn das Parlament nicht auch die Aussetzung beschliesst. Vor der definitiven Einführung soll durch den Stadtrat über die Tätigkeit der oder des Jugendbeauftragten berichtet werden. Das Parlament kann dann aufgrund der Erfahrungen und der dann herrschenden Umstände über die Einführung der Stelle definitiv entscheiden. Auch die Befürchtung, dass eine bestehende Stelle nur schwer wieder aufzuheben sei, spräche für eine vorläufige Befristung.

- Die Geschäftsprüfungskommission folgte mit 3:1 Stimmen dem Antrag zur Schaffung der Stelle auf vorerst vier Jahre.

Anträge

Die Geschäftsprüfungskommission empfiehlt Ihnen auf die Vorlage einzutreten. Sie stellt Ihnen aber den Antrag auf

Aussetzung der Vorlage!

Es sollen vorerst die Resultate der „Studie zur Jugendgewalt“, abgewartet werden, um die Massnahmen und Empfehlungen daraus berücksichtigen zu können.

Falls Sie der beantragten Aussetzung nicht folgen wollen, empfiehlt Ihnen die GPK mit 3:1 Stimmen, die Stelle vorerst auf 4 Jahre zu befristen.

Sie stellt deshalb den Antrag, Ziffer 1 im Beschluss wie folgt zu ergänzen:

Der neuen Stelle einer oder eines Jugendbeauftragten der Stadt Zug mit einem Pensum von 80% wird – vorerst auf 4 Jahre befristet – zugestimmt.

Aufgrund der in der Kommission beschlossenen Aussetzung der Vorlage fand keine Schlussabstimmung statt!

Zug, 21. September 2000

Für die Geschäftsprüfungskommission

Werner Golder, Vizepräsident